

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Christine Buchholz, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4582 –**

Rechtsextreme Aufmärsche in Dresden

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Jahrestag der alliierten Bomberangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945 ist zu einem zentralen Aktionstag von Rechtsextremen aus dem In- und Ausland geworden. Seit Jahren finden zu diesem Datum in Dresden die europaweit größten Neonazi-Aufmärsche mit Tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Zentrales Ziel dieser Aufmärsche ist es, durch die Erinnerung an „Deutsche als Opfer“ die Verbrechen des Nationalsozialismus und die historische Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg zu relativieren. Nachdem ein NPD-Abgeordneter im Dresdner Landtag den Begriff „Bombenholocaust“ geprägt hat, geht es den Rechtsextremisten zudem um eine Umdeutung des Holocaust-Begriffs. Nachdem der rechtsextreme Aufmarsch im Februar 2010 durch erfolgreiche Blockaden des Aktionsbündnisses „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ erstmals verhindert werden konnte und die Neonazis nur eine Kundgebung durchführen konnten, setzt die rechtsextreme Szene in diesem Jahr auf ein dezentrales Aktionskonzept. Am Abend des 13. Februar 2011 veranstaltet die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ gemeinsam mit regionalen Neonazi-Gruppierungen einen Gedenkmarsch während der eigentliche Großaufmarsch am 19. Februar 2011 stattfinden soll. Für diesen Termin sind mehrere Veranstaltungen rechtsextremer Gruppierungen angemeldet. Außerdem soll eine Aktionswoche des „Aktionsbündnisses gegen das Vergessen“ mit Postkarten- und Plakatkampagnen stattfinden.

1. Welche zwischen dem 11. und 20. Februar 2011 im Raum Dresden geplanten rechtsextremen Aufzüge und Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bomberangriffe auf Dresden sind der Bundesregierung bekannt (bitte nach Ort, Datum, Art der Veranstaltung, genauem Thema, Veranstalter sowie angemeldeter und von den Sicherheitskräften erwarteter Teilnehmerzahl aufliedern)?

An beiden Tagen werden insgesamt mehrere Tausend Teilnehmer erwartet.

Veranstaltung	Anmelder
13. Februar 2011: Gedenkveranstaltung anlässlich der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 – gegen Krieg, Vertreibung und Bombenterror!	Junge Landsmannschaft Ostdeutschland e. V. (JLO)
19. Februar 2011: Gedenkveranstaltung anlässlich der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 – gegen Krieg, Vertreibung und Bombenterror!	JLO
19. Februar 2011: Trauermarsch	JN-Landesverband Sachsen
19. Februar 2011: Aufzug mit Kundgebung „Vergesst niemals Dresden“	Einzelperson
19. Februar 2011: Kundgebung „Gedenken an die Flüchtlinge aus Ostdeutschland die bei der Bombardierung getötet wurden“	Einzelperson

2. Welche bundesweit – außer in Dresden – geplanten rechtsextremen Aufzüge und Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bomberangriffe auf Dresden sind der Bundesregierung bekannt (bitte nach Ort, Datum, Art der Veranstaltung, genauem Thema, Veranstalter sowie angemeldeter und von den Sicherheitskräften erwarteter Teilnehmerzahl auflgliedern)?

Keine.

3. Welche rechtsextremen Gruppierungen aus dem Ausland werden mit wie vielen Teilnehmenden nach Kenntnis der Bundesregierung an den rechtsextremen Aufmärschen am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden erwartet?

Erkenntnisse zur organisierten Anreise rechtsextremistischer Gruppierungen aus dem Ausland liegen der Bundesregierung bislang nicht vor.

4. Wie viele Teilnehmer nahmen jeweils an den rechtsextremen Aufmärschen zum Jahrestag der Bomberangriffe in den letzten zehn Jahren in Dresden teil, und wie viele davon kamen aus dem Ausland?

Teilnehmerzahlen gesamt:

- 13. Februar 2001: 500 Teilnehmer
- 13. Februar 2002: 1 000 Teilnehmer
- 13. Februar 2003: 1 000 Teilnehmer
- 14. Februar 2004: 2 500 Teilnehmer
- 13. Februar 2005: 5 000 Teilnehmer
- 11. Februar 2006: 4 200 Teilnehmer
- 13. Februar 2007: 1 750 Teilnehmer
- 13. Februar 2008: 750 Teilnehmer/16. Februar 2008: 3 800 Teilnehmer
- 13. Februar 2009: 1 300 Teilnehmer/14. Februar 2009: 6 500 Teilnehmer
- 13. Februar 2010: 6 400 Teilnehmer

Konkrete Zahlen zu aus dem Ausland angereisten Teilnehmern liegen der Bundesregierung nicht vor.

5. Welche Gruppierungen gehören nach Kenntnis der Bundesregierung dem „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ an?
 - a) Welche Aktivitäten gingen bislang von diesem Aktionsbündnis aus, bzw. welche geplanten Aktivitäten sind der Bundesregierung bekannt?

Das von Angehörigen der „Freien Kräfte Dresden“ initiierte und von zahlreichen rechtsextremistischen Organisationen aus Sachsen und dem übrigen Bundesgebiet unterstützte „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgdV) ist der Bundesregierung im Zusammenhang mit den rechtsextremistischen Demonstrationen in Magdeburg und Dresden zu den Gedenktagen der Bombardierung dieser Städte im 2. Weltkrieg bekannt.

Seit 2007 initiiert das AgdV eine „Aktionswoche 13. Februar“, in deren Rahmen auch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie Mahnwachen, Straßentheater und Fackelmärsche, Verteilaktionen, die Aktion „1 000 Lichter für Dresden“ sowie Kranzniederlegungen durchgeführt werden. Die Aktivitäten des AgdV werden auf deren Homepage beworben.

- b) Inwieweit kam es bei den bisherigen Aktivitäten dieses Aktionsbündnisses zu einschlägigen Straftaten, bzw. wurden Ermittlungen wegen des Verdachts auf derartige Straftaten eingeleitet?
- d) Welche Ausstrahlungskraft hat dieses Aktionsbündnis nach Einschätzung der Bundesregierung auf nichtrechtsextremistische Kreise?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- c) Welche Verankerung hat dieses Aktionsbündnis nach Einschätzung der Bundesregierung innerhalb der rechtsextremen Szene?

Die Internetseite des Aktionsbündnisses weist in der Rubrik „Unterstützer“ zahlreiche Einträge rechtsextremistischer, überwiegend neonazistischer Gruppierungen aus Sachsen und dem übrigen Bundesgebiet auf. Dies lässt auf eine überregionale Verankerung des Aktionsbündnisses innerhalb der rechtsextremistischen Szene schließen.

6. Wie reagierte die rechtsextreme Szene nach Informationen der Bundesregierung auf die erfolgreichen Blockaden des Aktionsbündnisses „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ im Februar 2010?

Im unmittelbaren zeitlichen Anschluss fanden vereinzelt Ersatzveranstaltungen statt, bei denen es teils zu massiven Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten kam. Im Nachgang zur Veranstaltung diskutierten Rechtsextremisten Möglichkeiten künftiger Verfahrensweisen.

7. Wie bereitet sich die rechtsextreme Szene nach Kenntnis der Bundesregierung auf mögliche Blockaden ihrer Aufmärsche am 13. und 19. Februar 2011 durch Gegendemonstrantinnen und -demonstranten vor?

Die rechtsextremistische Szene bereitet sich auf mögliche Blockaden vor, indem sie gleichzeitig mehrere Veranstaltungen mit verschiedenen Trefforten anmeldet.

8. Welche Möglichkeiten eines Verbots der rechtsextremen Aufmärsche am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden sieht die Bundesregierung?

Angelegenheiten des Versammlungsrechts und damit auch die Prüfung etwaiger Verbote oder Auflagen im Zusammenhang mit den in der Frage angesprochenen Aufmärschen liegen in der Zuständigkeit des Landes Sachsen.

Die Bundesregierung sieht daher keine Veranlassung, hierzu Stellung zu nehmen.

9. Aus welchem Grund führt die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/2804) auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu den Naziaufmärschen in den Jahren 2005 bis 2007 die von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen in jedem Februar in Dresden organisierten Aufmärsche für diese Jahre nicht auf, obwohl diese im Verfassungsschutzbericht des Freistaates Sachsen mit 5 000 (2005), bzw. 4 200 (2006) und 1 750 (2007) angegeben werden?

Die Bundesregierung bewertet die genannten Aufmärsche als rechtsextremistische Demonstrationen. Sie waren als solche auch im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2005 (Seite 107), 2006 (Seite 129) und 2007 (Seite 55) erwähnt. Insofern handelt es sich bei der Nichterwähnung im Rahmen der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fragesteller um ein Versehen.

10. Wie viele Angehörige der Bundespolizei werden anlässlich der rechtsextremen Aufzüge und der geplanten Gegenaktionen am 13. und 19. Februar 2011 voraussichtlich im Einsatz sein?

Anlässlich der rechtsextremen Aufzüge und der geplanten Gegenaktionen am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden werden neben den Regeldienstkräften für den originären Aufgabenbereich der Bundespolizei sowie zur Unterstützung der Polizei des Freistaates Sachsen voraussichtlich ca. 1 900 Angehörige der Bundespolizei im Einsatz sein.

11. Wurden im Zusammenhang mit Polizeimaßnahmen anlässlich der rechtsextremen Aufzüge und der geplanten Gegenaktionen am 13. und 19. Februar 2011 Amtshilfeanträge an die Bundeswehr gestellt, und wenn ja, welcher Art?

Dem Bundesministerium der Verteidigung liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Anträge auf Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe vor.